

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ernstste Lage in Angora.

Geheime Bündnis Klausel im russisch-türkischen Neutralitätsvertrag?

London, 28. Dezember. (W.T.B.) Der Sondervertreter der „Westminster Gazette“ in Angora, A. M. Spender, telegraphiert unter dem 27. Dezember,

die Lage sei ernst,

wenn auch keine Entscheidung vor der Ankunft Tewfik Rüşdi Bey am nächsten Dienstag fallen werde. Am 28. Dezember werde der Oberste Kriegsrat unter dem Vorsitz Mustafa Kemal zusammenzutreten, wobei alle Armeeführer anwesend sein würden. Ein Freund Kemals, der Leiter eines Regierungsblattes, habe ihm, Spender erklärt, der Verlust des Mossul-Bisajets sei unbedeutend, verglichen mit dem

Verlust an Prestige für Kemal

und seine Regierung, die noch immer einer starken Opposition in der Türkei gegenübersteht. Die Regierung fürchte eine Wiederholung des Aufstandes in Nord Kurdistan vom letzten Frühjahr. Sie könne ihr Ansehen wahren, wenn sie ein Kompromiß statt eines völligen Misserfolges der türkischen Sache aufweisen könnte. Die Regierung werde vielleicht zum Krieg gezwungen werden, um ihr Prestige wiederzugewinnen und eine Revolution im Innern zu verhindern. Eine Anleihe und wirtschaftliche Zugeständnisse würden nicht genügen. England sollte guten Willen in Gestalt bereitwilligen Entgegenkommens zeigen, um der Regierung zu ermöglichen, ihr Ansehen zu wahren. Spender bemerkt hierzu, er sei überzeugt, daß hiermit die wirkliche Lage geschildert sei.

Der russisch-türkische Vertrag enthalte eine geheime Klausel, worin der Türkei im Kriegsfall die Unterstützung der Sowjetregierung zugesagt werde.

Dem Belgrader Korrespondenten der „Westminster Gazette“ erklärte Tewfik Rüşdi Bey, die Türkei könne auf die Souveränität über Mossul nicht verzichten. Sie erwarte neue englische Vorschläge. Tewfik sprach die Hoffnung aus, daß die englische öffentliche Meinung der Türkei zum Siege verhelfen werde.

Mustapha Kemal reist nach Moskau?

Paris, 28. Dezember. (W.T.B.) Den Blättern wird aus Konstantinopel berichtet, daß Mustafa Kemal Pascha sich im April nach Moskau begeben wolle, um mit Tschitscherin über die durch den kürzlich in Paris abgeschlossenen russisch-türkischen Vertrag geschaffene Lage zu verhandeln.

Rückwirkungen in Indien.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) Nach einer Meldung aus Calcutta nahm eine Konferenz der indischen Mohammedaner eine Entscheidung an, die die Entscheidung des Völkerbundesrates über Mossul als im Widerspruch mit dem Inhalt des Vertrags von Lausanne stehend bezeichnet. Wenn die Türken zum Krieg getrieben werden, würden ihnen die indischen Mohammedaner beistehen. Die Entscheidung fordert die Indier auf, der Regierung im Falle eines solchen Krieges weder Geld noch Mannschaften zur Verfügung zu stellen.

London — Angora — Moskau.

Die Mossul-Entscheidung und ihre Folgen.

Eine große weltgeschichtliche Frage zeichnet sich immer deutlicher am politischen Horizont: wird das britische Imperium das 20. Jahrhundert oder auch nur die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts überdauern? Nach dem Tempo der Entwicklung in den Jahren seit dem Ende des Weltkrieges und besonders seit einem Jahre muß man diese Frage entschieden verneinen. Sogar in den Dominions, die von weißrassigen, zumeist aus der Metropole eingewanderten Angelsachsen regiert werden, in Australien, Neuseeland, Südafrika und Kanada, machen sich Bestrebungen bemerkbar, die eine immer weitergehende Forderung des Verhältnisses zu Großbritannien erstreben, wenn auch das wirtschaftliche und politische Interesse ihnen gebietet, das gemeinsame Band des britischen Weltreiches nicht völlig zu zerreißen. Um so stärker ist die Tendenz derjenigen britischen Kolonien, die für die Angelsachsen lediglich Ausbeutungsobjekte sind, sich von der britischen Vormundschaft völlig loszulösen. Das gilt vor allem für Indien und für Ägypten.

Es ist besonders das indische Problem, das die englischen Staatsmännern mit Sorge erfüllt. Seit zwei Jahrhunderten ist es das Bestreben Englands gewesen, den Weg zu dieser reichsten seiner Kolonien strategisch zu sichern. Es hat sich dabei, wie Genosse H. R. Brailsford in einem sehr lehrreichen Artikel in der neuesten Nummer des „New Leader“ bemerkt, die verschiedensten Völker zu offenen oder geheimen Gegnern gemacht: die Spanier (wegen Gibraltar), die Italiener (wegen Malta), die Griechen (wegen Zypern), die Ägypter, die Araber (wegen Aden und neuerdings wegen Palästina), die Türken (wegen des Fraks und jetzt außerdem wegen Mossul), schließlich noch die Japaner durch die von der ersten Regierung Baldwin eingeleiteten, von der Regierung MacDonald zwar eingestellten, aber von der zweiten Regierung Baldwin wieder aufgenommenen Befestigungsarbeiten in Singapore. Nach allgemeiner Auffassung ist das Interesse Englands an Mossul hauptsächlich eine Petroleumfrage. Aber, wie Brailsford hervorhebt, der Besitz von Mossul bildet auch eine wichtige strategische Verbesserung der Irakgrenze, und das Irakgebiet ist einer von den vielen Schlüssel auf dem Wege nach Indien.

Mag auch nach der Völkerbundsentscheidung — die schon deshalb nicht ganz unparteiisch sein kann, als Großbritannien eine führende Völkerbundmacht ist, während die Türkei nicht einmal dem Völkerbund angehört — die englische Regierung formell im Recht sein, das Problem ist damit noch lange nicht gelöst. Borerst ist es noch gar nicht sicher, ob sich die Türkei dem Spruch des Völkerbundes fügen wird. Vorläufig kommen aus Angora noch sehr entschlossene kriegerische Stimmen. Im übrigen droht der Mossulkonflikt in indirekter, aber sehr gefährlicher Weise den zunehmenden Riefengegensatz zwischen dem britisch-konservativen und dem russisch-bolschewistischen Imperialismus zu verschärfen.

Tschitscherin hat seinen Aufenthalt in Paris in der vergangenen Woche und seine dortige Begegnung mit dem türkischen Außenminister Tewfik Bey benützt, um einen Neutralitätsvertrag abzuschließen, dessen sofortige Veröffentlichung allein eine ernste Warnung an England bedeutet. Ob neben diesem demonstrativ publizierten Neutralitätsvertrag noch ein geheimes Schutz- und Trugbündnis unterzeichnet wurde, ist eine Frage, deren Beweis natürlich unmöglich ist. Mindestens läßt sich aber ohne weiteres behaupten, daß dieser Neutralitätsvertrag den ersten Schritt zu einem solchen Militärbündnis darstellt. Es ist nicht das erstemal seit Kriegsende, daß Rußland und die Türkei in enger Beziehungen, auch militärischer Art, getreten sind. Schon bei seinem siegreichen Kampf gegen die Griechen, der sich mittelbar gegen England und überhaupt gegen das Sevresdiktat richtete, hatte Mustafa Kemal die moralische Unterstützung Moskaus und die materielle Hilfe hundert von russischen Offizieren gewonnen, die als Instrukteure und Berater nach Angora entsandt wurden. Später hat sich das Verhältnis Moskau-Angora zeitweilig erheblich verschlechtert, besonders als sich die Kemal-Regierung gegen bolschewistische Umtriebe in Konstantinopel und Angora mit fast russischer Brutalität zur Wehr setzte. Aber jetzt führen die gemeinsamen antibritischen Interessen die beiden Regierungen wieder zueinander.

Der uralte englisch-russische Gegensatz ist mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches keineswegs gemildert worden. Seine Brennpunkte haben sich lediglich verschoben. Einst war es der Besitz der Meerengen im Rohen Osten, der den gefährlichsten Streitpunkt zwischen London und Petersburg bildete, wobei die Türken in Rußland die größere Drohung und, wohl oder übel, in England einen Beschützer erblickten. Jetzt geht es um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in ganz Asien, um den Besitz Indiens und den Einfluß in China. Während der britische Imperialismus durch das Erwachen der Asiaten zunehmend erschüttert wird, wird der russische Imperialismus durch dieses Erwachen gestärkt, weil er in seiner bolschewistischen Form als „Befreier“ auftreten kann, während er in seiner zaristischen Form als ein noch schlimmerer Unterdrücker denn der britische auf die breiten Massen abschreckend wirkte.

In seinem „New Leader“-Aufsatz wirft Brailsford den Konservativen vor, daß sie durch ihre verkehrte Politik überall im Osten die Völker gegen England aufgedrückt hätten, indem sie stets Partei für den Adel und die Reich-

Sozialdemokratie und Völkerbund.

Kein Schritt in Genf.

Die „Tägliche Rundschau“ vom Freitagmorgen gibt die Nachricht des „Tag“ wider, daß sich Freitag und Sozialdemokratie an das Völkerbundssekretariat in Genf gewandt hätten, um ihm Vorschläge für die Aufnahme deutscher Vertreter zu machen, und fügt hinzu: „Wie wir erfahren, ist die Meldung in der Tat zutreffend.“ Bei den bekannten Beziehungen der „Täglichen Rundschau“ muß man annehmen, daß sie ihre „Erfahrungen“ aus dem Auswärtigen Amt bezogen hat. Dieses wäre dann auch ohne weiteres als die Quelle zu betrachten, aus der der „Tag“ seine Inspirationen schöpft.

Trifft das zu, so ist dazu zu sagen, daß aus dem Auswärtigen Amt in leichtfertiger Weise Unwahrheiten verbreitet werden. Denn die Sozialdemokratische Partei hat, wie nochmals festgestellt sei, keinen Schritt solcher Art unternommen.

Da die „Tägliche Rundschau“ ausdrücklich von der Sozialdemokratischen Partei spricht, die in Genf wegen der Aufnahme deutscher Vertreter in das Völkerbundssekretariat vorstellig geworden sei, kann sie sich auch nicht darauf ausreden, sie habe einen Privatbrief gemeint, den dieser oder jener Sozialdemokrat nach Genf geschrieben habe. Aber auch diese Ausrede ist unmöglich, da unseres Wissens auch solche Privatbriefe nicht geschrieben worden sind. (Obwohl natürlich gar nichts dagegen einzumenden wäre, wenn ein solcher Gedankenaustausch zwischen einzelnen Personen erfolgte.)

Welches Ziel die Aktion des „Tag“ und der „Täglichen Rundschau“ verfolgt, ist klar. Die in Betracht kommenden Posten sollen für zünftige Diplomaten alten Stils mit möglichst verzopften Ansichten gesichert werden. Es soll verhindert werden, daß Deutschland in den Völkerbund Vertreter entsendet, die dort im Geiste der neuen Zeit freudige Mitarbeit leisten. Ein Erfolg dieser Intrige wäre aber für Deutschland ein Unglück und für Deutschlands Gegner, die dann wieder einmal auf die „deutsche Unaufrichtigkeit“ hinweisen könnten, ein Gewinn.

„Tag“ und „Tägliche Rundschau“ haben sich wider Willen das Verdienst erworben, auf die außerordentliche Wichtigkeit der Postenbesetzung in Genf aufmerksam gemacht zu haben.

Die ewige Finanzministerkrise.

Ein Weihnachtswettlauf Linkskartell-Doumer. — Ein Vorstoß der Linken wegen Marokko.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die innenpolitische Lage in Frankreich scheint sich rascher zu klären, als man vor kurzem noch annehmen konnte. Die von der sozialistischen Kammerfraktion ergriffene Initiative zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Finanz- und Sanierungsprogramms der drei Hauptgruppen des Linkskartells hat Ergebnisse gehabt, deren Tragweite am besten in der außerordentlichen Verlegenheit der Rechten zum Ausdruck kommt. Keines der Organe des Nationalen Bloks wagt zu bestreiten, daß die von der Finanzkommission des Kartells ausgearbeiteten Finanzentwürfe populärer sind als die von den verschiedenen Finanzministern in den letzten Monaten gemachten Vorschläge. Da die Linke sich keine Weihnachtsferien gestattet, sondern durchgearbeitet, wird es ihr möglich sein, ihre Entwürfe früher einzubringen als der Finanzminister Doumer die seinen. Da Doumer mit seinem Hauptvoranschlag, die Umsatzsteuer zu verdoppeln, um das Millardendefizit zu decken, auf so harten Widerstand gestoßen ist, daß Briand sich gezwungen gesehen hat, die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben, steht natürlich die Frage im Vordergrund, ob es in der letzten Woche des Jahres 1925 noch einmal zu einer neuen Kabinettskrise kommt.

Briand ist sich klar darüber, daß sich diese Krise auf die Dauer nicht vermeiden lassen wird. Er scheint nur den Wunsch zu haben, ihren Ausbruch bis zum außerordentlichen Parteitag der Sozialisten am 10. Januar zu verzögern, um einen politischen Wirtware zu verhindern, der unvermeidlich wäre, wenn etwa sofort eine neue Kabinettskrise ausbräche, bei der sich die Sozialisten, deren Parteitag noch nicht gesprochen hat, auch weiterhin weigerten, an der Regierung teilzunehmen. Für den Fall einer im Laufe dieser Woche ausbrechenden Kabinettskrise ist zwar in den Kreisen der Sozialistischen Partei schon ermogt worden, den Parteitag eine Woche früher einzuberufen. Das hätte aber den großen Nachteil, daß die meisten Bezirksverbände der Partei die im Parteiprogramm vorgesehenen Bezirkskonferenzen nicht mehr abhalten könnten. Dadurch würde die Entscheidung des Parteitages über die Frage der Beteiligung an der Regierung nicht leichter werden.

Wie die Dinge sich auch entwickeln mögen, die beginnende Woche wird jedenfalls zu den politisch wichtigsten des zu Ende gehenden Jahres gehören. Die sozialistische Fraktion ist entschlossen, die Debatte über das provisorische Haushaltsmittel, die am Mittwoch beginnen soll, zu benutzen, um ihren Standpunkt zur Finanz- und Sanierungsfrage noch einmal ausführlich darzulegen. Die Genossen Kuriel und Bedouca sind von der Fraktion beauftragt worden, die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die sozialistische Fraktion den Antrag eingebracht hat, die Anregungen der nordfranzösischen Industriellen einer ersten Prüfung zu unterziehen. Diese stoßen bekanntlich im Lager der Schwerindustrie auf den schärfsten Widerstand.

Außerdem wird die Fraktion im Laufe der Debatte über das Haushaltsmittel von der Regierung noch Aufklärung über Marokko verlangen und vor allem über die Weigerung des Auswärtigen Amtes, den Abgesandten Abd el Krims, den Engländer Cunnig, zu empfangen. Da auch der Vorsitzende der Finanzkommission, der Radikalsozialist Malog, der unter Poincaré eine wichtige Mission in Spanien erfüllte, darüber an die Regierung eine Anfrage stellen will, ist es möglich, daß diese Ansprache einen hochpolitischen Charakter annimmt. Je nachdem, kann auch sie zu einer Beschränkung der Reise führen, von deren Lösung die Weiterführung der gesamten französischen Politik bis zu den nächsten Wahlen abhängen wird.

Die Mission Cunnings.

Spanien will nur einen „Ziegfrieden“.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die spanische Regierung hat zu der Mission des englischen Kapitäns Cunnig in einer Verlautbarung Stellung genommen, die von Havas natürlich aus bestimmten Gründen ausführlich verbreitet wird und in der es heißt: „Nach den Siegen der französischen und der spanischen Truppen im Laufe des letzten Feldzuges, und nachdem die spanischen Truppen im Abschnitt von Abdir gelandet sind und dort feste Stellungen bezogen haben, kann man einen Abgesandten Abd el Krims nicht ernst nehmen, wenn dieser, wie Kapitän Cunnig, die Verpflichtungen, die der Rifführer anzunehmen bereit ist, nur auf die Annahme der religiösen Autonomie des Sultans beschränkt, im übrigen aber die völlige Unabhängigkeit fordert, die sich unter dem Namen „weitgehende Autonomie“ verbirgt, und wenn er ferner außer anderen Vorteilen für die Aufständischen noch die Abtretung von Gebieten verlangt, die Frankreich und Spanien unter großen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens besetzen mußten.“

Wenn Abd el Krim etwa Zeit gewinnen will, um sich wieder zu erholen, so darf er nicht vergessen, daß die französische und die spanische Regierung über ihre Interessen wachen und nur Bedingungen annehmen werden, die ihrer Lage als Sieger entsprechen.

gegen die Massen ergriffen hätten. Ebenso wie England einst in Konstantinopel die alten Palasas gegen die aufsteigende Macht der Jungtürken unterstützte, ebenso ergreife es jetzt in Ägypten Partei für den Khediven und die Großgrundbesitzer gegen die Massen, die hinter Zaghlul Pascha stünden; in China unterstütze es einen General nach dem anderen, weil es den „starken Mann“ brauche, der die ausgebeuteten, rebellierenden Massen unterdrücken würde. So fänden diese Massen in ganz Asien oft Rat und Hilfe in Moskau, während sie in England stets ihren gefährlichsten Feind erblickten.

In der Tat, die Entwicklung, gefördert durch die reaktionäre Kurzsichtigkeit des britisch-konservativen Imperialismus, treibt zu jenem Konflikt zwischen London und Moskau, vor dem die englische Arbeiterpartei warnt und für den sie schon jetzt die Regierung Baldwin verantwortlich macht. Unsere englischen Genossen erfüllen in vorbildlicher Weise ihre international sozialistische Pflicht, indem sie sich gegen den eigenen Imperialismus wenden. Aber das soll auch keinen Freibrief für den Moskauer Imperialismus bedeuten, über dessen Charakter und Ziele man sich durch den kommunistischen Demontel nicht täuschen lassen darf. Bei allen Sympathien für die um ihre Freiheit ringenden Massen des asiatischen Erdteils wird die deutsche Arbeiterklasse nicht so töricht sein, dem Moskauer Imperialismus Helferdienste zu leisten. Das war der Sinn der Resolution des Internationalen Kongresses von Marseille und daran halten wir angesichts der Moskau-Entscheidung und des russisch-türkischen Neutralitätsvertrages mehr denn je fest.

Ein Beschluß der IEP.

In seiner letzten Sitzung hat der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands in bezug auf den Moskau-Streit folgenden Beschluß gefaßt:

Der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei betrachtet mit Sorge und Entrüstung den Beschluß der Regierung, die Verlängerung des britischen Mandats über das Irakgebiet für eine Zeitdauer, die 25 Jahre betragen kann, anzunehmen.

Das Bestreben einer mächtigen kapitalistischen Gruppe, sich die Oeffelder von Mossul zu sichern, war seit den Geheimverträgen während des Weltkrieges bis zum heutigen Tage der Beweggrund, der die verschiedenen britischen Regierungen zu einer gefährlichen Expansionspolitik veranlaßt hat. Dieser Politik wegen ist der Wille der arabischen Bevölkerung von Mossul, die gegen die Verlängerung unseres Mandats ist, mißachtet worden, ein neuer Herd von Unzufriedenheit, der ebenso schlimm wie der ägyptische Herd werden mag, ist zu allen unseren sonstigen Lasten hinzugekommen; wir werden mit militärischen Ausgaben belastet, die sich auf 4 Millionen Pfund jährlich belaufen können; und damit wird ein Streit mit den Türken ausgetragen versucht, der früher oder später zum Kriege führen kann.

Die Politik des wirtschaftlichen Imperialismus verschlimmert die Gefahren, die die konservative Regierung bereits in Ästen hervorgerufen hat. Die Regierungspolitik hat das chinesische Volk gegen uns vereint, sie hat uns Rußland zum Gegner gemacht und jetzt fordert sie die Türken heraus.

Die Unabhängige Arbeiterpartei ruft zu einer einheitlichen und entschlossenen Opposition der gesamten Arbeiterbewegung gegen diese kostspielige und gefährliche imperialistische Politik auf. In der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung gegen die Verlängerung des Mandats ist, verlangt sie eine freie Abstimmung des Parlaments darüber. Sie ersucht schließlich die Labour-Party, im voraus zu erklären, daß diese sich in der Behandlung des Irakproblems durch die Schritte, die die Baldwin-Regierung treffen mag, in keiner Weise gebunden fühlen wird.

Nachläufiger Friedensvertrag in Syrien. Aus Beirut wird gemeldet, daß die Feindseligkeiten in Syrien zwischen den Drusen und den Franzosen eingestellt worden sind. Es wurde ein vorläufiger Friedensvertrag unterzeichnet, über den Einzelheiten vorläufig noch nicht bekannt sind.

Individualpsychologie.

In der letzten Zeit wendet sich erneut das Interesse weiterer Kreise der Wissenschaft der Charakterologie zu. Es ist deshalb zu begrüßen, daß das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht sechs Vorträge veranstaltete zur Einführung in die theoretische und praktische Bedeutung der sogenannten Individualpsychologie, wie Alfred Adler und seine Anhänger ihre Lehre zur Erkenntnis des menschlichen Charakters nennen. Wie bei Freud und seinen Schülern ist die Lehre aus der Behandlung von Nervenkranke hervorgewachsen und ruht auf medizinischer Grundlage. Die Krankheits Symptome werden nicht nur registriert, sondern als wesensbedingt durch die Individualität angesehen, wie Dr. phil. et med. Ariur Kronfeld als erster Redner des Lehrganges, ohne sich mit den Ideen Adlers zu identifizieren, darlegte. Die Dynamik des seelischen Lebens wird bei beiden Forschern über das Bewußtsein hinaus ins Unbewußte verlegt und das „Treibende“ des Seelenlebens im Trieb gesucht.

Über Freud hinaus liegt, wie Kronfeld betonte, die Bedeutung Adlers darin, daß er die Mannigfaltigkeit der seelischen Funktionen am Sinn des Lebens, nämlich am Trieb nach Macht orientiert. Das Gefühl der Minderwertigkeit, das auf Grund von körperlichen Fehlern oder aus Schuldbewußtsein entsteht, führt zu Überkompensationen. Der Mensch konstruiert sich künstlich einen Lebensplan, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Die einzelnen Redner bemühten sich, diese Erscheinungen auf verschiedenen Gebieten darzulegen, wie Dr. med. Fritz Kuntel, Dr. Bruno Klopfer und Frau Ruth Kuntel, die über individualpsychologische Kleinkindererziehung sprachen. Besonders anschaulich zeigte die Wirkung des Minderwertigkeitsgefühls der Amtsgerichtsrat am Jugendgericht Berlin, Dr. Franke, bei Fürsorgezöglingen. Das Verbrechen hat häufig keine andere Ursache, als daß sich die Jugendlichen an einem vermeintlichen Beleidiger rächen und ihn herausfordern wollen. Der Selbstmord ist zuweilen die äußerste Konsequenz dieses Handbrens. Nach der bekannten Berliner Redensart: „Es geschieht meiner Mutter ganz recht, wenn ich mit die Finger erfriere, warum kauft sie mir keine Handschuhe“ liegt wohl diese Empfindung zugrunde. Dieser pathologische Zustand ergibt die „Situation“, die die Individualpsychologen im Gegenjah zur Anlage betonen. Entmutigend wirkt z. B., wenn die Eltern das uneheliche Kind verleugnen; bei den älteren Jugendlichen aber besonders das mechanisierte Arbeitsverhältnis. Die Individualpsychologie wirkt sich daher bei ihren Anhängern pädagogisch aus. Nach dieser Theorie entwickelt sich das Kind am besten, je mehr wir es zum Mut und zur Erkenntnis der Wirklichkeit erziehen.

Steht der Geltungstrieb bei dem Menschen oder, wie die Individualpsychiker behaupten, der Sexualtrieb im Zentrum des seelischen Lebens, so muß die Diagnose auf Krankheit gestellt werden. Der „gesunde“ Mensch wirkt sich im Schaffen aus, bei dem er Freude

Ein republikanischer Beamter.

Bureautratie und Fürstenabfindung.

Die Forderungen der ehemaligen thüringischen Fürsten an das Land Thüringen sind so unverständig, daß selbst die Thüringer Rechtsregierung dagegen Einspruch erhoben hat. Den Fürsten ist der Rücken gestärkt worden durch den damaligen Reichsminister Jarres, der dem ehemaligen Herzog von Gotha, einem englischen Prinzen, beigeisprungen ist. Der damalige Herzog verlangt die Auslieferung von Gütern von ungeheurem Wert. Nun wird im „B. L.“ darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Jarres es durchgesehen hat, daß die Rechtsregierung auf Grund von Artikel 13 Abs. 2 der Reichsverfassung die Entscheidung des Reichsgerichts darüber anrief, ob das gothaische Landesgesetz, das die Beschlagnahme jener Güter verbietet, mit dem Reichsgesetz vereinbar sei. Das vom Reichsgericht für ungültig erklärte Beschlagnahmegesetz ist am 31. Juli 1919 erlassen, der Einspruch der Rechtsregierung aber erst fast fünf Jahre später (1), am 6. März 1924, eingelegt. Wie das zu erklären ist, darüber gibt das zweite Heft der „Juristischen Wochenschrift“ Aufschluß. Dort ist das Reichsgerichtsurteil in der Gothaer Sache mit einer Besprechung durch Ministerialrat Dr. Lammer vom Reichsministerium des Innern abgedruckt. In dieser Besprechung finden sich überaus bezeichnende Stellen, die vor eine breitere Öffentlichkeit gebracht zu werden verdienen. Es heißt da:

„Das Reich durfte die rohe Störung des Rechtsfriedens, die in dem Konstitutionsgesetz lag, unmöglich dulden,“ und weiter: „Sobald die politische Zusammensetzung der Rechtsregierung es ermöglichte — dies war erst im März 1924 der Fall — machte das Reich von dem ihm in Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfassung gegebenen Befugnis Gebrauch, eine Entscheidung des Reichsgerichts darüber zu verlangen, ob das Konstitutionsgesetz mit dem Reichsrecht vereinbar sei.“

Von Herrn Dr. Lammer ist bekannt, daß er politisch extrem rechts steht. Er gehörte dem Reichsministerium des Innern aber schon an, als dieses noch von Ministern aus republikanischen Parteien geleitet wurde. Gegen diese Vorgänger des Herrn Jarres und gegen die früheren Reichsregierungen erlaubt er sich jetzt eine ihm als Beamten dieser früheren Regierungen nicht zustehende Kritik über aller Art, wenn er von ihnen sagt, daß sie eine „rohe Störung des Rechtsfriedens“ geduldet hätten, die sie nicht hätten dulden dürfen.

Ein merkwürdiger republikanischer Beamter, der Herr Ministerialrat Dr. Lammer.

Bayerischer Titelnug.

Eine Blamage.

Entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung hat die bayerische Regierung auch dieses Jahr zu Weihnachten wieder eine unendlich große Zahl von Titeln verliehen. Darüber hinaus hat sie sogar weitere 5 Titel geschaffen, und zwar den Pharmazier für die Apotheken, den Landesbaurat für Architekten und Ingenieure, den Technischen Gewerberat für die technischen Aufsichtsbeamten, den Arbeitsrat für die Arbeiterschaft und den Versicherungsrat für die Angestellten. Bedacht wurden mit diesen Titeln selbstverständlich nur Leute, die politisch der bayerischen Rechtsregierung nahe stehen. Von der ursprünglichen Absicht, auch einige linksstehende Leute mit dem Titel Arbeitsrat oder Versicherungsrat auszustatten, mußte abgesehen werden, da die freigewerkschaftlichen Organisationen gegen diesen verfassungswidrigen Unfug der bayerischen Regierung eine scharfe ablehnende Stellung eingenommen haben.

Die von den freien Gewerkschaften ausgesprochene strikte Ablehnung des von der bayerischen Regierung neu geschaffenen Titels „Arbeitsrat“ hat auch bei den christlichen Arbeitern Schule gemacht. Zwei der am 24. Dezember mit dem genannten Titel bedachten christlichen Gewerkschaftssekretäre, Köfeler und Geier, beide in Augsburg, haben ihre Ernennungsurkunde der bayerischen Regierung zurückgeschickt. Dem verfassungswidrigen Titelnug der bayerischen Regierung wird hier und in ganz eigenartiger Weise. Die Quellen dieses Erformens sind denkbar andere. Der Schwerpunkt des ganzen liegt in der Musik. Alles, was auf der Bühne vorgeht, ist bildhafte Ausbeutung dieser Musik, kann deshalb auch weniger dramatische Lebendigkeit und darstellerisches Füllen haben, als mehr stillstehendes Beharren. Die Musik zeigt nicht nur ein Wollen, sondern auch ein starkes und wahres Können. Antizipationen nicht nur bei alten Liedern, sondern auch bei Geist und Empfinden früherer Zeiten sind unzeitlichem Fühlen und Formen verbunden. Der Chor hat eine dankbare, aber anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen. Die instrumentalen Möglichkeiten werden auch nach der Seite des Innerlichen nur zum Teil ausgenutzt. Der Hardörfer-Chor Nürnberg mit seinem Dirigenten, Emmy von Stellen, Mitglieder der Volksbühne, die Tanzgruppe Hertha seit letzter Zeit für die Erstaufführung ein. Diese schlichte und in allen ihren Teilen auf einer hohen Stufe künstlerischer Reueherung stehende Weihnachtsfeier leistete die Anwesenden sichtbar. S. B.

Dr. Karl Abraham, der bekannte Nervenarzt und Psychoanalytiker, ist am 25. d. M. im 49. Lebensjahre verstorben. Abraham war einer der ältesten Schüler Freuds und der Begründer und Führer der psychoanalytischen Bewegung in Deutschland. Er hat mit zahlreichen klassischen Arbeiten auf dem Gebiete dieser neuen Wissenschaft neue Möglichkeiten für die Behandlung verschiedener nervöser Erkrankungen eröffnet. Seine wissenschaftlichen Interessen beschränkten sich aber nicht nur auf medizinisch-klinische Probleme, sondern er lieferte geistvolle Beiträge für die Anwendungsgebiete der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften. Eine auch in weiteren Kreisen bekannt gewordene Studie beschäftigt sich z. B. mit der künstlerischen Persönlichkeit des Malers Segantini. Das besondere Ansehen, das Abraham in der internationalen wissenschaftlichen Welt genoss, kam u. a. auch dadurch zum Ausdruck, daß er wiederholt der erwählte Präsident der internationalen Psychoanalytischen Gesellschaft war.

Träume der Miesstafel. Am 2. Weihnachtsfeiertag sprach im Rahmen der proletarischen Feiertunden der Floratbische Sprechchor Franz Rothenselders „Träume der Miesstafel“. Diese Feiertunde hat für den Floratbischen Sprechchor geschichtliche Bedeutung, weil er die Bewegungsfrage so lösen beginnt. Revueartig waren oft wunderbare Bilder aneinandergereiht, die vor allem in dem Lied vom armen Burlesken, der einmal stehen wollte, und in dem Auseinanderleben der Kinder vor dem schwarzen Mann sich tief einprägten. Die Einzelsprecher gaben außerordentliches im Sprachlichen und in der Bewegung und der Sprechchor selbst in seiner Dreigliederung von dunklen Männern, frühlingbunten Frauen und Kindern ist auf dem Wege dazu, auch den Rhythmus der Bewegung sich zu eigen zu machen. Was der Sprechchor im Ausschöpfen des Sprechrhythmus und der Musikalität der schönen Rothenselderschen Verse hat, war recht gut. Heftiger Rhythmus, heiße Anbrunst und das starke Ausstrahlen in Weltharmonie, die dem Gedächtnis Rothenselders einen so eigenartigen Zauber geben, wurden verhandelt, in allen Abtönungen lebendig. Die musikalische Umrahmung die Jeller zu danken war, untermalte diese schöne Feiertunde mit seinem Einfühlen. B. Sch.

Volksbühne: Ludwig Weber, Christgeburt. Dem Spiel nach einem Text aus Oberluzern hat Ludwig Weber eine Musik zugegeben, die darüber hinaus herrlich wird. Es ist nötig, sich bei diesem alles Gedankens an Bühnen- und Opernwirkungen zu entschlagen. Wie vielfach und immer in anderer Art im neuen Opernschaffen der Welt aus Rußland gesucht wird, so geschieht das auch

bayerischen Regierung zurückgeschickt. Dem verfassungswidrigen Titelnug der bayerischen Regierung, der in der gesamten Öffentlichkeit der größten Lächerlichkeit anheimfällt, ist dadurch auch öffentlich die berechnete Blamage zuteil geworden.

Die Erwerbslosigkeit in Bayern.

Steigerung auf das Vierfache.

München, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Erwerbslosen in Bayern ist von 102 000 am 15. Dezember bis zum 24. Dezember auf rund 120 000 gestiegen. Das ist das Vierfache von Anfang November. Der monatliche Ausgabebetrag für diese 120 000 Erwerbslosen beträgt etwa 6 Millionen Mark, von denen nur 2 Millionen durch den gegenwärtigen Beitragssatz zur Erwerbslosenfürsorge von 1 1/2 Proz. gedeckt sind. Die durch das einschneidende Steigen der Erwerbslosenziffer entstandenen Schwierigkeiten konnten deshalb bewältigt werden, weil durch die Steigerung der Beiträge von 1 auf 1 1/2 Proz. ab 1. August dieses Jahres bis Ende November eine Rücklage von 5 Millionen Mark gebildet werden konnte. Infolge der weiteren außerordentlichen Zunahme der Erwerbslosenziffer beschloß der Verwaltungsausschuß des Bayerischen Landesamts für Arbeitsvermittlung inzwischen, mit Wirkung vom 4. Januar 1926 ab den Beitragssatz neuerdings zu erhöhen, und zwar auf das gesetzliche Höchstmaß von 3 Proz. Dieser Satz reicht gegenwärtig aus zur Deckung von 1/3 der Unkosten für die Erwerbslosenfürsorge, so daß noch etwa 2 Millionen Mark aus Reichs- und Staatsbeihilfen gedeckt werden müssen.

Kreuzzeitungsnot.

Die Agrarier sollen helfen.

Der „Kreuzzeitung“ scheint es wieder mal nicht zum besten zu gehen. Sie sah sich wenigstens veranlaßt, zu Weihnachten in Bormann in einem Bittschreiben, das die Unterschrift zahlreicher Grafen, Freiherren und gewöhnlicher Adliger sowie sonstiger Landbundesgrößen, vor allem auch des unentbehrlichen Schlang-Schönigen und des Landbundesführers im Kreis Franzburg Seuffert trägt, um die Gewinnung neuer Abonnenten zu schnorren und zwar um „den Einfluß der von der „Kreuzzeitung“ vertretenen konservativen Richtung in der deutschen und preussischen Politik zu verstärken“. Der Verlauf des Locarno-Konfliktes habe diese Notwendigkeit aufs neue bestätigt. Dann hebt die materielle Lage an: Bei dem großen Kapitalmangel sei ohne neue Abonnenten der im Gang befindliche „Ausbau“ der „Kreuzzeitung“ nicht zu Ende zu führen. Diejenigen, die schon Opfer der „Kreuzzeitung“ sind, sollen kurzerhand ein Abonnement bestellen für einen Gasthof oder eine Konditorei des nächsten Ortes. Wer die Opferfreudigkeit der Großgrundbesitzer kennt, wird nunmehr kaum daran zweifeln, daß die „Kreuzzeitung“ und damit die von ihr vertretene „Richtung“ einen nie gesehenen Aufschwung nehmen wird!

Die „Kappjützen“.

Der Stahlhelm als politische Partei.

Braunschweig, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Stahlhelm“, der sich bisher als eine unpolitische Organisation ausgab, hat jetzt bewußt einen Frontwechsel vorgenommen. In der Zeitung des Landesverbandes Braunschweig „Der Stahlhelm“ wird verkündet, daß die Stahlhelmorganisation in Zukunft bei Wahlen zu allen Parlamenten eigene Wahllisten aufstellen will. Der erste Vorsitzende des Stahlhelms, Fabrikant Selbte aus Mogdeburg, hat diesen Frontwechsel in einer Versammlung in Braunschweig begründet und erklärt, daß Stahlhelmer in den Reichstag und in die Landtage hinein müßten, weil in ihnen vielfach nur „naße Unterhosen“ säßen. Auch die Regierungen sollen von Stahlhelmlieuten gebildet werden, weil man angeblich vielfach Minister findet, die nur als „Kappjützen“ bezeichnet werden könnten. Da in Braunschweig der Stahlhelm bei den Wahlen vom 7. Dezember 1924 die gesamte Wahlarbeit für die bürgerlichen Parteien übernommen hatte, wird dieser Beschluß bei den Rechtsparteien großes Unbehagen verursachen, zumal der Ausdruck „Kappjützen“ sich offenbar nur gegen rechtseingestellte Minister, die Locarno zugestimmt haben, richtet.

hier und in ganz eigenartiger Weise. Die Quellen dieses Erformens sind denkbar andere. Der Schwerpunkt des ganzen liegt in der Musik. Alles, was auf der Bühne vorgeht, ist bildhafte Ausbeutung dieser Musik, kann deshalb auch weniger dramatische Lebendigkeit und darstellerisches Füllen haben, als mehr stillstehendes Beharren. Die Musik zeigt nicht nur ein Wollen, sondern auch ein starkes und wahres Können. Antizipationen nicht nur bei alten Liedern, sondern auch bei Geist und Empfinden früherer Zeiten sind unzeitlichem Fühlen und Formen verbunden. Der Chor hat eine dankbare, aber anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen. Die instrumentalen Möglichkeiten werden auch nach der Seite des Innerlichen nur zum Teil ausgenutzt. Der Hardörfer-Chor Nürnberg mit seinem Dirigenten, Emmy von Stellen, Mitglieder der Volksbühne, die Tanzgruppe Hertha seit letzter Zeit für die Erstaufführung ein. Diese schlichte und in allen ihren Teilen auf einer hohen Stufe künstlerischer Reueherung stehende Weihnachtsfeier leistete die Anwesenden sichtbar. S. B.

„Der Leidensweg des Reichschulgeistes“ ist der Titel einer Schrift von Heinrich Schulz, die in den nächsten Tagen bei A. H. B. Dieß Nachh. in Berlin erscheinen wird. Der Verfasser, der als Staatssekretär im Reichsinnenministerium seit der Revolution bis zur Ministerialtätigkeit des Herrn Schiele am meisten mit der Vorbereitung eines Reichschulgesetzes beschäftigt gewesen ist, und dadurch zu den gründlichsten Kennern des Problems und seiner Schicksale gehört, schildert die kulturpolitische Entwicklung vom Reichsmarer Schulkompromiß bis zum Schiele'schen Reichschulgeistesentwurf vom sozialistischen Standpunkt aus mit besonnenem, maßvoller, dabei doch sachlich scharfer und überzeugender Kritik. Im Schlusssatz „Was nun?“ untersucht Schulz die Möglichkeiten und Forderungen, die sich für die nächste Zukunft ergeben. Mit großem Gerechtigkeits- und Wirklichkeitsinn, frei von jeder Einseitigkeit und Ungerechtigkeit, wird hier ein Weg zur Erhaltung und Festigung des kulturpolitischen Friedens und zu größtmöglicher kultureller Freiheit gezeigt. Man hat bei diesen anregend geschriebenen Ausführungen den Eindruck, daß die Lösung des vielumstrittenen Problems nicht schwer sein kann, wenn auf allen Seiten die gleiche Verständigungs-bereitschaft, Sachkenntnis und Ueberzeugungstreue herrscht, wie bei dem Verfasser dieser Schrift. Für die kommende Auseinandersetzung über ein Reichschulgesetz ist die Schrift deshalb von größtem Wert.

Der einjährige Kriegsmaler. Wie die „Mittag-Rombin“ in ihrer Dezembernummer berichtete, hat der hervorragende englische Maler W. Reinson die Direktion der Tate Gallery in London ersucht, ein von ihm ausgestelltes Kriegsbild, das eine Episode der schrecklichen Kämpfe in Nordfrankreich darstellt, aus der Sammlung zu entfernen. Reinson begründete seine Aufforderung damit, daß er heute jenes Bild als das schrecklichste der Welt betrachte. Die Angelegenheit hat eine nicht geringe Sensation hervorgerufen. Vielleicht wäre es angezeigt, auch in unseren deutschen Bildergalerien ein wenig nach solchen Gemälden aus der „großen“ Zeit zu wachen, und wenn die Künstler selbst damit ausräumen helfen wollten, desto besser. Am Ende ließe sich ein Quantum Bilder dieser Art nach Dornen senden, als Atontozahlung auf die dreißig Millionen Goldmark, die man dem deutschen Volk ausquetschen will. Damit wäre sicher die ganze Nation einverstanden und den völkischen Patrioten müßte es doch besonders recht sein!

Der russische Parteizwist. Der Ernst der Differenzen.

Wie stark die Gegensätze in der kommunistischen Partei Russlands bereits geworden sind, zeigen die ausführlichen Berichte der russischen Zeitungen viel stärker, als die kurzen offiziellen Telegramme der russischen Telegraphenagentur. Die „Pravda“ vom 24. Dezember bringt an auffallender Stelle neben der Wiedergabe der Parteitagdiskussion einen heftigen Angriff auf die Opposition. Wir lassen die entscheidenden Stellen wörtlich folgen:

„Schlagworte sind gefunden. Die neue Opposition spricht von der Garantie der Rechte der Minderheit, von der Sicherstellung solcher Rechte und einer Vertretung der verschiedenen innerparteilichen „Strömungen“ und „Gruppen“. Sie greift dabei aus dem Archiv der Geschichte auf die antibolschewistische Losung zurück: „Leben und leben lassen.“ Diese Losung ist jetzt die Forderung derselben Opposition, deren Führer während der beiden letzten Diskussionen energig gegen eine solche Plattform für die innerparteiliche Organisation gekämpft haben, trotzdem sie sie jetzt selber beziehen. Einer ihrer Führer schrieb während der Debatte mit Trotzki:

„Das ist ein offener Versuch, die Grundlage der Diskatur durch die Partei zu unterhöhlen und zu schwächen. Dazu gehört auch das Wiederableben von der menschlichen Vorstellung von der Partei als einer Summe von Gruppen und Strömungen und die in ihrem Wesen liquidatorische Untergrabung der Autorität der Parteiführer.“

Es folgen wie gewöhnlich lange Zitate aus den Schriften des Heiligen Lenin, wonach für die Partei es nur einen Willen geben kann. Die „Pravda“ weist nach, daß in Konsequenz der Forderung nach organisatorischer Garantie für einzelne Gruppen die Frage einer Proportionalvertretung in der Zeitung aufsteht. Nach der „Pravda“ tritt die Opposition mit diesen Forderungen „gegen die Partei in ihrer Gesamtheit“ auf. Die „Pravda“ schließt ihren Angriff gegen die Opposition mit sehr deutlichen Worten:

„Für die Opposition ist charakteristisch, daß sie keinerlei konkrete Vorschläge macht, sondern im wesentlichen lediglich für das Recht der Fraktionsbildung eintritt. Lenin hat uns aber die klare Direktive gegeben: „Keinerlei Fraktionen“, aber „konkrete Vorschläge“. Demgegenüber erklärt die Opposition: „Sichert allen Gruppen in der Partei organisatorische Garantien, konkrete Vorschläge haben wir nicht.“ Dadurch stößt die prinzipienlose Opposition gegen die Einheit der Partei vor. Die Partei wird ihnen mit Entschiedenheit mit den Worten Lenins antworten: „Es gibt Dinge, mit denen ein Spiel nicht gestattet werden kann. Zu diesen Dingen gehört die Einheit der Partei. Wir wissen genau, wieviel wir unter dem Kampf in der Partei leiden. Diese Lehren dürfen wir nicht vergessen.“

Der Parteitag wird selbstverständlich mit einem Sieg der opportunistischen Richtung Stalin-Trozkis enden. Die Bolschewiki treiben mit Bewußtsein eine „staatsmännische“ Politik mit einer gehörigen Dosis imperialistisch-nationalistischen Einschläges. Aber diesmal bedeutet der Parteitag nicht das Ende, sondern erst den Anfang weiterer Auseinandersetzungen. Ihre Auswirkung ist noch unabsehbar.

Ungarischer Parteitag.

Debatte über das Zusammengehen mit Bürgerlichen.

Budapest, 28. Dezember. (WTB.) Die Ungarische Sozialdemokratische Partei hielt hier zu Weihnachten ihren diesjährigen Parteitag ab, der einen sehr ruhigen Verlauf nahm. Aus Deutschland war Crispian Brantome, besonderer Aufmerksamkeit begegnete die Begrüßungsrede des serbischen Delegierten Stepanowitsch, der sich für die nationalen Rinderheiten in den losgetrennten Gebieten und für die Revision der Friedensverträge einsetzte. Ueber den Jahresbericht der Parteileitung entspann sich eine längere Debatte. Im Rahmen der Opposition wurde der Antrag gestellt, die Parteileitung möge bloß mit solchen bürgerlichen Parteien Fühlung nehmen, deren Programm die Errungenschaften der Oktoberrevolution umfasse. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag ab und beschloß, der Parteileitung freie Hand hinsichtlich des Zusammengehens mit den demokratisch bürgerlichen Parteien zu gewähren. Der Kongreß nahm weiter den feineren Teil der Parteileitung mit dem Kabinett Bethlen geschlossenen Pakt zur Kenntnis mit der Bemerkung, daß sich die Partei mit dieser Frage nicht weiter zu beschäftigen wünsche. Es wurden sodann verschiedene Resolutionen gefaßt, die sich auf die Stärkung des demokratischen Geistes innerhalb der Partei und auf die Befestigung des Agrarprogramms beziehen. Schließlich wurde der Jahresbericht zur Kenntnis genommen und die bisherige Parteileitung wiedergewählt.

Ein politischer Mord?

Aus Tiflis wird jetzt die Aufklärung eines Mordes gemeldet, der bereits im August 1924, also vor mehr als einem Jahre, begangen wurde und dem angeblich politische Motive zugrunde liegen. Die Untersuchung des Mordes, von dem der staatliche Oberförster Jensen von der Oberförsterei Schneiden, Kreis Tiflis, betroffen wurde, gestaltete sich deshalb so außerordentlich schwierig, weil die Bevölkerung den Mordverdacht auf die Unterförster lenkte. Die verdächtigen Beamten wandten sich schließlich an das Landwirtschaftsministerium und boten um Entsendung eines Berliner Beamten, der nach sechsmonatlicher Arbeit den Täter in dem Führer einer kommunistischen Terrorgruppe, einem gewissen Mikulweit, feststellte. Mikulweit legte ein umfassendes Geständnis ab. Er wurde sofort verhaftet.

Russisch-Lettischer Gefangenenaustausch. Weihnachten fand zwischen Lettland und der Sowjetunion ein Austausch von politischen Gefangenen statt. Die Sowjetbehörden gaben fünf lettische Grenzbeamte und einen Angestellten der lettischen Konsulate frei. Drei der Grenzbeamten waren bereits zum Tode verurteilt, einer war drei Jahre auf den Solowjetski-Inseln in Verbannung. Lettland ließ seinerseits fünf russische Grenzbeamte und einen Grenzposten frei, der von einem lettischen Gericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt war.

Ichangsolins hat die Kopie Kuosunglins und dessen Frau in Mukden zur Schau gestellt. Der dortige japanische Generalkonsul hat seinen Schutzbefehl über die beiden Kuosunglins verweigert, die nunmehr ebenfalls hingerichtet werden dürften. Unterdessen schreitet Ichangsolins Hauptquartier, der Christengeneral Feng, nach der Einnahme von Tientsin vorwärts. Englische, amerikanische und japanische Kriegsschiffe sind nach China unterwegs.

Präsident Harding's Nachlass vernichtet? Die Pariser „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß Präsident Harding's Witwe ohne weitere Aufklärung dessen gesamte Korrespondenz vernichtet habe. In offiziellen Kreisen werde dieser merkwürdige Schritt sehr lebhaft bedauert, weil verschiedene Dokumente großen Wert hatten.

„Umtausch gestattet!“

Wer die Wahl hat, hat die Qual, und was geschenkt ist, bleibt noch lange nicht geschenkt. Denn es ist ein Brauch von alters her: „Umtausch nach dem Fest gestattet!“ — Weihnachten ist nicht nur das Fest der Liebe, sondern auch eine willkommene Gelegenheit zum schenken. Und da es nicht jedermann gegeben ist, jedermanns Geschmack beim Einkauf zu treffen, so wird oft genug aus der Tugend eine Not gemacht und blindwütig drauflos gekauft. Je schlechter die Zeiten, desto offensichtlicher das Bestreben des Geschäftsmannes, die Waren auf jeden Fall zunächst einmal loszuwerden. Wenn sich dann unterm Weihnachtsbaum herausstellt, daß die Handschuhe um zwei Nummern zu klein sind (weil die Braut schamhafterweise die hohe Nummer des Angebeters nicht nennen wollte) oder daß die Handtasche in grün besser zum Kleide passen würde, als in der gekauften Farbe, dann geht eben nach den Feiertagen zum Umtauschen. Verlangt die „bessere“ Rundschicht schon beim Einkauf, daß die Verkäuferin alle Wünsche errate und auf die leiseste Andeutung des Käufers inkliniere, so muß das Personal beim Umtausch die wunderlichsten Wünsche und Zumutungen befriedigen. Es geht schließlich noch an, daß jemand ohne Kassenzettel kommt und den Umtausch eines Gegenstandes verlangt, von dem nur mit einer gehörigen Portion kriminalistischer Scharfsinn die Geschäftsherrkunft festzustellen ist. Am interessantesten und einfachsten aber sind zweifellos die Umtauschaktionen, wo Handschuhe in Schlipfe, Schaufelsperde in Schirmmappen oder Paneelebrett-Gipsfahnen in Schlummerrollen umzuwandeln sind. Die Ansprüche, die hierbei an das Personal, an die Kasse, an Aufsicht und an den Herrn Chef selbst gestellt werden, sind nur mit der Lammgeduld zu ertragen, die gutem Geschäftspersonal eigen ist. Oft ist der Fluch näher, als das verbindliche Wort. Aber die Firma verlangt von denen hinterm Ladentisch ein immer freundliches Gesicht und gute Miene zum bösen Spiel.

Das Weihnachtsgeschäft.

Die Befürchtung, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft das schlechteste werden würde, das seit Jahren dagewesen, schien durch den Verlauf des Geschäftsanfangs Dezember seine Befestigung zu erhalten. Die Umsätze in diesen Wochen waren verhältnismäßig gering. Aber in den letzten Tagen vor dem Fest gab es doch Umsätze, wie man sie in den Zeiten der Krise nicht erwartet hätte. Besonders die Geschäfte, die in der Hauptsache Arbeiterkundschaft haben, stellen ein überraschend günstiges Ergebnis fest. Es scheint, als ob sich gerade dieser Kreise eine gewisse Desperadosstimmung bemächtigt hat, die von der Zukunft das Schlimmste erwartend, nur der Gegenwart lebt. Und dann ist noch eins festzustellen wichtig. Es waren in der Hauptsache die Geschäfte in den Verkehrsstraßen, die von der verstärkten Kaufkraft der letzten Tage Nutzen ziehen konnten. In den Nebenstraßen und an der Peripherie waren die Läden leer. Psychologisch erklärlich: Der Käufer, der nur ein Paar Handschuhe erwerben will, benützt die Gelegenheit zum Schauen, zum Orientieren und tauscht dabei das wenige, was er zu kaufen hat. Und nun zu den Preisen. Man darf annehmen, daß nach dem Fest bei Beginn der Inventurumsverkäufe Preisherabsetzungen in bedeutendem Ausmaß stattfinden werden. Wenn diese Preisherabsetzungen schon vor dem Feste erfolgt wären, die Umsätze wären sicherlich noch größer geworden. Einzig allein in den Schuhgeschäften, die erhebliche Warenmengen absetzen, wurden auch hin und wieder Luxusartikel gekauft, während sich in die übrigen Geschäfte der Umsatz auf Gebrauchsgüter beschränkte. Flott war der Geschäftsgang in den Lebensmittelgeschäften und diejenigen, die mit ihren Einkäufen bis auf die letzten Minuten vor Toresschluß gewartet hatten, konnten feste Bänke zu 120. pro Pfund taufen, da die Lebensmittelgeschäfte das Risiko, ihre Ware über die Feiertage behalten zu müssen, nicht auf sich nehmen wollten.

Der Raubmord in Briss.

Ein begründeter Verdacht.

Die Untersuchung gegen den verdächtigen jungen Mann, der am 1. Feiertag verhaftet wurde, ist noch nicht abgeschlossen. Sein Alibi ist zum größten Teil zusammengebrochen. Eine für die Aufklärung des Mordes wichtige Einzelheit ist z. B. seine Erzählung über seinen Aufenthalt am späten Weihnachtabend. Er will am Kolthuber Damm in der Nähe des Hermannplatzes ein Mädchen getroffen und mit ihm eine in der Nähe liegende Pension aufgesucht haben. Das Mädchen wird gebeten, sich umgehend bei der Mordkommission zu melden.

Der Beschuldigte war, wie verschiedene Zeugen ausagen, am Heiligabend im Besitze von etwa 100 M., die er noch am selben Abend teils zur Bezahlung von Schulden und teils zu Einkäufen verwendete. Seine Angaben über die Herkunft dieses Geldes haben sich als unwahr erwiesen. Es wurde weiter festgestellt, daß er eine Hofe in Papier gewickelt und sorgsam verwahrt hat. Es ist möglich, daß sich in diesem Paket auch noch andere Kleidungsstücke befunden haben, die er beschlagnahmt hätte. Er behauptet, daß er sich der Sache entledigt habe, weil sie zu schmutzig und abgetragen gewesen seien. Ueber die Stelle, an der er das Paket sorgsam verwahrt haben will, machte er verschiedene Angaben. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, es wiederzufinden. An dem aufgefundenen Beil wurden durch den Gerichtschemiker Spuren gefunden, die darauf schließen lassen, daß es vielleicht als Waffe gegen einen Menschen gebraucht worden ist. Auch nach dieser Richtung wird die Untersuchung noch fortgesetzt. Der junge Mann wurde gestern der ebenfalls überfallenen Frau Böhle gegenübergestellt. Sie glaubt in ihm den Räuber wiederzuerkennen. Bestimmtes kann sie jedoch nicht behaupten, da einerseits der Kampf sich in dem ziemlich dunklen Rentorraum abspielte und andererseits durch den Schreck ihre Aufmerksamkeit abgelenkt wurde. Die Vernehmung der Zeugen gestaltete sich während der Feiertage dadurch besonders schwierig, daß die meisten Leute nicht in ihren Wohnungen angetroffen waren. Der verstorbene Kaufmann Buzel gehört einer alten jüdischen Familie an, die sich des besten Leumunds erfreute. Besonders der Ermordete galt als sehr mildtätig und als ein Mann, der wirklicher Bedürftigkeit gegenüber stets eine offene Hand hatte. Im Laufe des heutigen Tages wird die Mordkommission an den Anschlagsorten ein Plakat veröffentlichen, auf dem dem Publikum verschiedene wichtige Fragen vorgelegt werden. Mitteilungen, die zur Aufklärung beitragen können, nimmt nach wie vor die Mordkommission im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Damurussch auf der Strecke Frankfurt a. O.—Berlin.

Die Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Infolge Dammrussches sind heute auf der Strecke Berlin—Breslau zwischen Frankfurt a. O. und Berlin zwischen den Stationen Blüthen und Rosengarten beide Gleise auf voraussichtlich längere Zeit gesperrt worden. Die Umleitung der Schnell- und Personenzüge muß über Kistrin—Frankfurt erfolgen. Die Ver-spätung, bis alle Züge zwischen Berlin und Breslau dadurch erleiden, wird von der Eisenbahndirektion auf etwa 60 Minuten geschätzt.

Wie wir weiterhin erfahren, ist über die Ursachen des Dammrussches eine Untersuchung eingeleitet worden. Scheinbar ist der Damm völlig unterpult worden. Eine genaue Durchführung der Untersuchung erscheint um so notwendiger, wenn man bedenkt, daß auf dieser Stelle der sonst im großen und ganzen durch völlig ebenes Gelände hindurchenden Strecke Berlin—Frankfurt der Verkehr auf ähnliche Weise schon öfters gefährdet war. Man hat daher auch schon vor zwei Jahren versucht, den Damm zu säubern. Der Dammrussch erfolgte in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag kurz vor zwei Uhr. Das Berliner Hauptgleis legte sich in einer Länge von 190 Metern über das Nachbargleis, wobei sich die Schienen etwa

zwei Meter über den Boden hoben. Gewaltige Entschüttungen, um deren Beseitigung sich große Arbeiterkolonnen mühen, lagern jetzt auf der Frankfurter Strecke, so daß sowohl die Verbindung nach Polen und Königsberg als auch nach Breslau nur durch Umleiten (über Kistrin oder Falkenberg oder über Niederhohenbrunn—Kottbus) aufrechterhalten werden kann, während der Lokalverkehr nach Fürstenwalde nur durch Zugwechsel möglich ist. Es muß damit gerechnet werden, daß dieser Liebelstand ungefähr vierzehn Tage anhält, doch die Reichsbahndirektion hofft, die notwendigen Ber-spätungen noch stark mindern zu können. Sämtliche Personenzüge nach Frankfurt a. O. resp. Breslau verlassen auch weiterhin die Berliner Bahnhöfe fahrplanmäßig.

Weihnachts-Nachlese.

Am zweiten Feiertag, vormittags um 10½ Uhr, veranstaltete der Deutsche Arbeiter-Sänger-Bund (Bezirk 8 Neufölln) ein großes Chorkonzert in der Philharmonie unter Mitwirkung des Berliner Volkshorchs, Leitung Dr. Ernst Jander, und der sämtlichen Männerchöre des Bezirks Neufölln unter Leitung des Musikdirektors Wilhelm Knöchel. Die großen Vorzüge des Berliner Volkshorchs und seines Dirigenten Dr. Ernst Jander sind bereits an dieser Stelle vor kurzer Zeit eingehend gewürdigt worden. Vor allem liegen sie in der exakten Durcharbeitung, in der Sicherheit des Tempos und des Rhythmus, in der Genauigkeit der Tongebung. Wieder klangen die Chöre prachtvoll gestrafft und rhythmisch, wieder bedeuteten der alte Rathgeberchor „Von der edlen Ruß“ und „Wach auf“ aus dem dritten Akt der „Meisterlieder von Nürnberg“ die Höhepunkte in der Leistung des Volkshorchs. Jeden Vergleich konnten damit auch die Männerchöre des Bezirks Neufölln aushalten. Beethovens Lied „Die Himmel rühmen“ klang machtvoll und war sauber durchgeführt, im Grunde wirkt es aber besser als Solodortrag für Baritonstimme, auch die Beethovensche „Hymne an die Nacht“ hatte in der Wiedergabe durch den Männerchor großes Format. Im ganzen ein ausgezeichnetes Konzert. Allgemein ist zu sagen, daß Chorkonzerte den Vorzug vor Orchesterkonzerten besitzen, weil hier keine Kunst besteht zwischen ausübenden Künstlern und Publikum. Der Deutsche Arbeiter-Sänger-Bund hat mit seinen Unternehmungen einen Weg gemiesen, der unbedingt zu dem Ziele führen muß, die Ruß dem Volke unentbehrlich zu machen und dem Volke zu zeigen, daß große Kunst nicht unverständlich zu sein braucht, sondern daß sie in der Seele des Volkes wurzelt.

Der neunte Bezirk der Berliner Gruppe des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes feierte im großen Saal der „Neuen Welt“ das Weihnachtsgesellschaftliche Fest. Alle hatten sich eingefunden, die Kubauer, die Neuföllner, die Gesangsgemeinschaft Roseberg d'Arguto, der Freie Männerchor Berlin, der Friedrich Hegar-Chor. Zuerst ließ sich jeder Chor mit drei oder vier Beiträgen allein hören, zum Schluß vereinigte Bezirkschormeister Kohrbach dann alle zum Massenchor, der Lühmanns „Ich warte dein“ eindrucksvoll zum Vortrag brachte. Der überfüllte Saal zeigte wieder, ein wie großes Interesse das Publikum an dieser alljährlichen Veranstaltung nimmt. Fast überall sah man die ganze Familie beisammen sitzen, aber, wenn sie nicht sehr frühzeitig erschienen war, beisammen stehen mit bewundernswürdiger Geduld und Geduld die drei Stunden hindurch, die die Morgenfeier dauerte. Und gar manchem mag der frohgemute Gesang als sein schönstes Weihnachtsgeschenk erschienen sein.

Bund teilt hier Sozialisten, Ortsgruppe Neufölln. Heute abend 7 Uhr Weihnachtsgesellschaft in der Neuen Welt, Follenheide. Mitwirkend: Festanrede: Genosse Harter Brande. Ausführung eines patriotischen Kinderstückes. Eintritt für Erwachsene 60 Pf., Kinder 30 Pf. Arbeitslose gegen Ausweis frei. Alle Genossen werden gebeten, diese Veranstaltung zu besuchen.

Zwei Lawinenkatastrophen.

Vier Todesopfer.

Am Weihnachtsgesellschaftlichen ereigneten sich im Zugspitzgebiet zwei Lawinenkatastrophen, die vier Todesopfer forderten. Der Droht meldet folgende Einzelheiten:

Trotz ungünstigster Witterung hatte eine Skifahrer-Gesellschaft den Aufstieg zum Zugspitzgipfel unternommen. Sie wählte den Weg über den Schneeferner, der zwischen Knorr-Hütte und dem Winkel liegt und dessen Passieren im Sommer für Bergsteiger ungeläufig ist. Auch im Winter besteht an dieser Stelle bei normalen Schneee- und Witterungsverhältnissen keine Lawinengefahr. Hier befindet sich auch die Skihütte des Münchener Turn- und Sportvereins von 1880, zu der jene Partie aufstieg, die insgesamt aus neun Skifahrern bestand. Eine hundert Meter hinter der Knorr-Hütte wurde die Expedition bei Schneetreiben und Sturm plötzlich von einer Lawine überrascht. Die zu Tal donnernden gewaltigen Schneemassen erschufen die neun Skifahrer, die bei der Schnelligkeit des Lawinensturzes keine Zeit mehr zur Rettung fanden, rissen sie mit sich und verschütteten sie. Sechs von ihnen gelang es, sich mehr oder minder verfehlt aus den Schneemassen herauszuquartieren und sich mühselig zur Knorr-Hütte zurückzuschleppen, wo sie völlig erschöpft eintrafen. Die Nachforschungen nach den Leibern der drei Toten wurden sofort aufgenommen und trotz der großen Schwierigkeiten und des anhaltenden schlechten Wetters fortgesetzt. Das zweite Unglück ereignete sich am selben Tage an der 2500 Meter hohen, zum Zugspitz-Massiv gehörenden Alpipe, wo ebenfalls zwei junge Münchener Skifahrer von einer Lawine überrascht wurden. Der eine von ihnen konnte sich nach dreistündigen Anstrengungen selbst aus dem Schnee herausarbeiten und aus der jetzt zwei Stunden entfernt gelegenen Kreuz-Hütte Hilfe herbeiholen. Der Rettungs-expedition gelang es nach mehrstündiger mühsamer Arbeit, den zweiten Skifahrer, den 25 Jahre alten Angestellten Obereder aus München, als Leiche zu bergen.

Hochwasser am Rhein.

Köln, 28. Dezember. (WTB.) Das mittlere Rhein- und Moselgebiet war während der Feiertage von schweren Stürmen heimgesucht, die im Moseltal von Gemittern und Hagelstich begleitet waren. Vieles wurden dadurch große Schäden verursacht. In Ehrang bei Trier deckte der Sturm das Dach einer Fabrik ab. Auf der Eisfahre Koblenz—Mayen wurden auf einer größeren Strecke die Telegraphen- und Fernspreitleitungen umgelegt, so daß sie vorübergehend den Eisenbahnverkehr sperrten. Gleichzeitig mit dem Sturm setzte Lawetter ein, so daß Rhein, Mosel und ihre Zuflüsse Hochwasser führten. Der Wasserstand beider Ströme stieg im Laufe der Feiertage um einen Meter. Da die Schneeschmelze in den Vogesen, im Schwarzwald, in der Eifel und im Hochwälder andauert, ist die Ueberflutungsgefahr besonders in den niederen Moseltalgebieten außerordentlich groß.

Koblenz, 28. Dezember. Der Hochwasserdienst wurde heute eröffnet. Während der Rhein bei Hünningen seit gestern um 2 Zentimeter gefallen ist, ist er bei Aehl um 33, bei Mayen um 95, bei Koblenz um 7 Zentimeter gestiegen. Die Höhe steigt bei Kreuznach um 1,40 Meter, die Mosel bei Trier um 1,44 Meter; letztere steigt noch weiter stündlich um 10 Zentimeter.

Todessturz deutscher Krieger in Brüssel. Im Zirkus Royal zu Brüssel sind die beiden deutschen Akrobaten Georg Vende und Hans Dentsch bei der Vorführung der „Todesbrücke“ aus großer Höhe herabgestürzt. Vende hat das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt; sein Zustand ist sehr ernst. Dentsch trug Knochenbrüche an beiden Beinen davon.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Bezirk Frankfurt. Sonntag, den 24. Dezember, 6½ Uhr, Rathaus, Zimmer 17; Fraktionssitzung mit Bürgerparteilern.
11. 24. Bezirk. Sonntag, den 28. Dezember, 1/8 Uhr, bei Müller, Weller 12. Wilmersdorfer Platz; Fraktionssitzung mit Bürgerparteilern. Beschlüsse: Fraktionssitzung, Kassenberichterstattung, Beschlüsse: Fraktionssitzung, Kassenberichterstattung, Beschlüsse: Fraktionssitzung, Kassenberichterstattung.
12. 24. Bezirk. Sonntag, den 28. Dezember, 7 Uhr; Fraktionssitzung mit Bürgerparteilern. Beschlüsse: Fraktionssitzung, Kassenberichterstattung, Beschlüsse: Fraktionssitzung, Kassenberichterstattung.

